

Deutschland ist eines der wichtigsten EU-Länder, die Flüchtlinge aus Nicht-EU Ländern aufnehmen. Allein zwischen 2015 und 2017 erhielten 1,4 Million Menschen Asyl. Tatsächlich dürfte die Zahl der Migranten, die ins Land gekommen sind, noch deutlich höher liegen, da die offiziellen Statistiken illegale Einwanderung nicht berücksichtigen. Migrationspolitik ist dementsprechend zum Thema hitziger politischer Debatten geworden. Der Hauptinitiator dieser Kontroverse ist die Partei Alternative für Deutschland (AfD). Bei den Bundestagswahlen 2017 hat die AfD dreimal so viele Stimmen erhalten wie bei der vorangegangenen Wahl zum Bundestag 2013. Ein starker Anstieg der Popularität dieser jüngsten deutschen Partei (gegründet 2013, während der Rest der Parteien im 20. Jahrhundert gegründet wurde) könnte darauf hindeuten, dass die Aufmerksamkeit in der deutschen Gesellschaft in diesem Bereich stark zunimmt.

Der Beitrag analysiert den Parteiendiskurs zur Migrationspolitik anhand von Veröffentlichungen und Stellungnahmen der drei Regierungsparteien auf Bundesebene Christlich Demokratische Union (CDU), Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) und der Sozialdemokratischen Partei (SPD) sowie der Oppositionsparteien Alternative für Deutschland, Freie Demokratische Partei (FDP), der Partei Die Linke sowie Bündnis90/Die Grünen. Während des gesamten Untersuchungszeitraums beobachteten wir die Reaktion von Opposition und Regierung auf die sozialen Manifestationen der Migrationskrise und die Probleme der Flüchtlingsintegration in der deutschen Gesellschaft. Als Hauptnachrichten haben wir den Jahrestag des Anschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin am Abend des 19. Dezember 2016 verwendet. Dies ist der größte Terroranschlag in Deutschland in den letzten 10 Jahren. Der Jahrestag des Anschlags löste erneut eine Diskussion über die Migrationskrise in der deutschen Gesellschaft aus. Wenn wir die Position zur Migrationskrise in den Berichten der Regierungskoalition auf Twitter berücksichtigen, können wir feststellen, dass verschiedene Parteien an einer Argumentation festhalten, welche die sozialen Probleme in der deutschen Gesellschaft nicht hinreichend wahrnimmt und berücksichtigt. In dem von den Parteien geschaffenen Informationsraum gibt es keine Berichte über neue Entwicklung im Bereich Kriminalität, oder über Zusammenstöße zwischen Anwohnern und Migranten und andere praktische Probleme bei der Umsetzung der Migrationspolitik. Diese Position des Schweigens über Probleme bei der Umsetzung der Migrationspolitik schafft eine günstige Situation für oppositionelle Parteien. Allerdings nutzen nicht alle Oppositionellen diese Gelegenheit auch gleichermaßen. Wenn wir die Berichte der parlamentarischen Opposition betrachten, können wir im Allgemeinen zwei radikal unterschiedliche Ansätze zur Konsekration der Diskussion über die Migrationskrise für den untersuchten Zeitraum feststellen: Die Partei Alternative für Deutschland widmet rund 30% ihrer Veröffentlichungen der Migrationskrise. Verschiedene Techniken werden dazu verwendet, um Migranten und Flüchtlinge zu dämonisieren,

darunter Karikaturen und Redewendungen wie „Die Jagd nach unseren Kindern“, oder „Islamische Extremisten“. Die Phrase „Gäste von Merkel“ wird gleichsam dazu verwendet, um in den Köpfen des Adressaten eine gedankliche Assoziation zwischen Integrationsproblemen und der Regierungskoalition auf Bundesebene herzustellen bzw. zu verstärken. Die FDP, die Linkspartei und die Grünen sowie die Regierungskoalition nehmen in Ihrer Argumentation einheitlich ausschließlich positiv Bezug auf die Einwanderungspolitik.